



Uster, 9. September 2025  
Nr. 609/2025  
V4.04.71

Seite 1/9

**POSTULAT 609/2025 DER GRÜNE-FRAKTION:  
«EINFÜHRUNG DER <EASYVOTE>-ABSTIMMUNGSHILFE FÜR  
JUNGE ERWACHSENE IN USTER»; BERICHT UND ANTRAG  
DES STADTRATES**

**Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, gestützt auf Art. 42 Abs. 1 des Organisationserlasses des Gemeinderates vom 8. November 2021, folgenden Beschluss zu fassen:**

- 1. Dem Bericht zum Postulat Nr. 609/2025 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

Referent des Stadtrates: Stadtpräsidentin Barbara Thalmann



Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 3. Februar 2025 reichte die Grüne Fraktion beim Präsidenten des Gemeinderates das Postulat Nr. 609/2025 betreffend «Einführung der «easyvote» - Abstimmungshilfe für junge Erwachsene in Uster» ein.

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*«Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob die Einführung der Abstimmungshilfe «easyvote» des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente (DSJ) für junge Erwachsene in Uster möglich ist. Dabei soll geprüft werden:*

- 1. Die Zustellung der «easyvote»-Broschüren an alle Ustermer Stimmberechtigten im Alter von 18 bis 25 Jahren.*
- 2. Die Integration des «easyvote»-Angebots in die bestehenden Kommunikationsmassnahmen der Stadt zur politischen Bildung und Partizipation junger Erwachsener.*
- 3. Die Kosten für verschiedene Versandvarianten (Direktversand durch Stadt oder Versand durch Drittfirma)*

#### *Begründung*

*Die Stimm- und Wahlbeteiligung junger Erwachsener liegt nach wie vor deutlich unter dem Durchschnitt. Ein wichtiger Grund dafür ist die Komplexität der Abstimmungs- und Wahlunterlagen, die viele junge Stimmberechtigte überfordert. Die Stadt Uster hat ein grosses Interesse daran, dass sich junge Menschen aktiv am politischen Leben beteiligen.*

*«easyvote» hat sich als effektives Instrument zur Förderung der politischen Partizipation junger Erwachsener bewährt. Aktuell nutzen bereits 560 Gemeinden in der Schweiz dieses Angebot. Die Abstimmungshilfe bereitet politische Informationen zielgruppengerecht auf und bietet neben den gedruckten Broschüren auch digitale Formate wie eine App und Erklärvideos an.*

*Die Broschüren werden klimaneutral produziert, wobei der CO<sub>2</sub>-Ausstoss durch Beiträge an Klimaschutzprojekte kompensiert wird. Die Informationen werden von rund 200 ehrenamtlich tätigen jungen Menschen aus der ganzen Schweiz aufbereitet, was die Nähe zur Zielgruppe garantiert.*

*Aktuelle Studien und der «DSJ Jugend- und Politikmonitor» zeigen, dass der Postversand trotz digitaler Medien nach wie vor die effektivste Methode ist, um alle jungen Stimmberechtigten gleichermassen zu erreichen. Die «easyvote»-Broschüren können zudem optimal mit der politischen Bildung an den Schulen verknüpft werden.*

*Die Beispiele aus anderen Gemeinden wie Wetzikon und Dübendorf zeigen, dass sich die jungen Leserinnen und Leser dank der «easyvote»-Abstimmungsbroschüre motivierter fühlen, an Abstimmungen teilzunehmen. Mit der Einführung von «easyvote» würde die Stadt Uster ein wichtiges Zeichen setzen und konkret dazu beitragen, dass sich mehr junge Menschen an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen.»*

Anlässlich seiner Sitzung vom 7. April 2025 überwies der Gemeinderat das Postulat dem Stadtrat. Dieser nimmt dazu wie folgt Stellung:



## A. Vorbemerkungen

Der Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ ist das parteipolitisch neutrale, praxisorientierte Kompetenzzentrum für politische Bildung und politische Partizipation von jungen Menschen. Der DSJ will junge Menschen für Politik und die Teilhabe daran begeistern. Dieses Ziel verfolgt der DSJ mit der Förderung seiner Mitglieder, den Jugendparlamenten, sowie mit seinen Angeboten easyvote und engage.ch. Damit bietet der DSJ eine breite Palette von Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten im politischen System der Schweiz an. Nach wie vor beteiligen sich junge Stimmberechtigte in der Schweiz weniger stark an Wahlen und Abstimmungen als ihre älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen. Die Studie «DSJ Jugend- und Politikmonitor» zeigt: Für die jungen Stimmberechtigten sind die Abstimmungs- und Wahlunterlagen zu komplex. Das will easyvote ändern. In der easyvote-Broschüre werden die kantonalen und nationalen Abstimmungsvorlagen und Wahlen auf jeweils zwei A5 Seiten einfach verständlich und neutral erklärt. Hergestellt wird die easyvote-Broschüre in Zusammenarbeit mit rund 200 Ehrenamtlichen aus der ganzen Schweiz (vgl. als Beispiel Broschüre easyvote Abstimmungssonntag vom 22. September 2024, Beilage 1).

Ein weiteres Angebot von easyvote stellen die durch easyvote hergestellten Clips (Erklärvideos) zu nationalen Abstimmungsvorlagen und für gewisse kantonale Vorlagen dar. Für den Kanton Zürich produziert easyvote in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei Clips zu *allen kantonalen Vorlagen*. Auch diese sind einfach, verständlich und neutral abgefasst und werden auf den Kommunikationsnetzen von easyvote (unter anderem YouTube, Instagram oder Tiktok) sowie der App voteinfo verbreitet.

Mit der von easyvote entwickelten App votenow sodann können sich junge Menschen mit den Texten der easyvote-Clips über die nationalen und kantonalen Vorlagen informieren und anhand von Fragen herausfinden, ob man für oder gegen eine Vorlage ist. Bei Wahlen helfen die bewährten smartvote-Fragen, die Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, die am besten mit ihrer Meinung übereinstimmen.

## B. Beantwortung der Fragen des Postulats

### 1. Die Zustellung der «easyvote»-Broschüren an alle Ustermer Stimmberechtigten im Alter von 18 bis 25 Jahren.

Die Jugendlichen in Uster erhalten seit 2016 zu ihrem 18. Geburtstag von der Stadtpräsidentin den sogenannten «Volljährigkeitsbrief», ein Gratulationsschreiben zum 18. Geburtstag. In diesem werden sie darüber informiert, dass sie während der Dauer eines Jahres die «easyvote»-Broschüre erhalten (Beispiel in Beilage 2). Die Stadt hat sich dabei für das Angebot «Direktversand ohne Begleitbrief» für Fr. 7.90 zuzüglich Mehrwertsteuer entschieden. Vor den eidgenössischen Abstimmungsterminen schickt die Stadt «easyvote» jeweils eine Adressliste und diese nehmen dann in der Folge den Versand vor. Die Versandkosten sind im Preis von Fr. 7.90 pro Jahresabo schon enthalten. Basierend auf einem Mittelwert der vier Abstimmungstermine 2024 von 330 Personen resultierten für die Stadt Kosten von 2818 Franken (2607 Franken Abo + 211 Franken MWST). Hätte man 2024 die Broschüre auch den 19 – 25-jährigen zugestellt, wären gemäss Angaben der Einwohnerdienste nochmals 1520 Personen hinzugekommen. Bei insgesamt 1850 Personen resultierten somit Kosten von 15 798 Franken, wobei hier von «easyvote» ein Rabatt von 10 % gewährt würde. Dies ergäbe einen Betrag von 14 219 Franken. Würde man zukünftig die Broschüre «easyvote» den 18 – 25-jährigen zustellen, müsste somit mit Kosten von rund 14 200 Franken jährlich gerechnet werden. Abklärungen haben ergeben, dass die Stadt Wetzikon die Broschüre ihren 18 – 25-jährigen zustellt. Die Stadt Dübendorf hingegen hat seit Mai 2023 dieses Angebot für Jugendliche gänzlich eingestellt. Die Stadt Uster geht somit mit ihrer Lösung einen Mittelweg.



## 2. Die Integration des «easyvote»-Angebots in die bestehenden Kommunikationsmassnahmen der Stadt zur politischen Bildung und Partizipation junger Erwachsener

Speziell und eigens auf die politische Bildung und Partizipation von jungen Erwachsenen ausgerichtete Kommunikationsmassnahmen, in welche die «easyvote»-Angebote integriert werden könnten, gibt es in der Stadt Uster zurzeit nicht. Es stellt sich auch die Frage, ob es Aufgabe der Gemeinde ist, mit «easyvote» auf die eidgenössischen und kantonalen Vorlagen hinzuweisen. Bis vor ca. sieben Jahren organisierte die Jugendarbeit zusammen mit Mitgliedern des Gemeinderates aus allen Parteien für Schüler und Schülerinnen der Oberstufe regelmässige Events zur Lokalpolitik im Gemeinderatssaal. Aus Ressourcengründen mussten diese Anlässe aber eingestellt werden. Seit da ist das Engagement der Jugendarbeit für die politische Mitwirkung auf lokaler Ebene aufgrund der Ressourcensituation nicht sehr proaktiv (vergleiche zur Problematik Bericht und Antrag des Stadtrates zu Postulat 577/2024; «Weiterentwicklung offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Uster», Abschnitt «Lücken schliessen und Brennpunkte bearbeiten»).

Als Kommunikationsmassnahme zur politischen Bildung und Partizipation von jungen Erwachsenen unabhängig von den «easyvote»-Angeboten soll in Zukunft eine breitere Verwendung der von der Stadt eingesetzten Social Media (Instagram, Facebook, LinkedIn) für kommunale Vorlagen geprüft werden. Bereits heute werden hier die für einzelne Vorlagen erstellten Erklärungsvideos aufgeschaltet.

Neu sollen in diese die heute schon auf «VoteInfo» aufgeschalteten Elemente der Beleuchtenden Berichte von Uster (Abstimmungsfrage, Das Wichtigste in Kürze, Abstimmungsempfehlung, Bel. Bericht als PDF) aufgenommen werden (vgl. auch nachfolgend «Überarbeitung des Beleuchtenden Berichts Uster»). Kommunikativ bereits umgesetzt wurde, dass der Jugendvorstoss gemäss Art. 18 Gemeindeordnung auf der Website nun mit einem eigenen Balken und damit wesentlich prominenter dargestellt ist (Stadt Uster – Jugend).

## 3. Die Kosten für verschiedene Versandvarianten (Direktversand durch Stadt oder Versand durch Drittfirma)

Der durch das Postulat erwähnte Direktversand entspricht gemäss Rückmeldung von «easyvote» dem «Paketversand» gemäss ihrer Angebotsliste. Dabei werden die bestellten Broschüren an die Gemeinde übermittelt und diese verschickt dann die Broschüre selbst an die Jugendlichen. Hier beträgt ein Jahresabonnement Fr. 4.65 (exkl. MWST). Hinzu kommen die Kosten für den Paketversand von zwischen 150 und 250 Franken und die durch die Gemeinde zu bezahlenden Portokosten. Ausgehend von den unter 1. genannten 330 Jugendlichen entstünden hier Kosten von 2139 Franken (1535 Franken Abo, 124 Franken MWST, 150 Franken Paketversand, 330 Franken Porto B-Post). Basierend auf 1850 Personen: 8369 Franken Abo. (+MWST, - 10 % Rabatt), 150 Franken Paketversand, 1110 Franken Porto B-Post-Massenversand), total 9629 Franken, dies jährlich wiederkehrend. Die Differenz zwischen den 2818 Franken «Direktversand» und den 2139 Franken «Paketversand» erscheint nicht als derart gewichtig, als dass sich ein Wechsel des gut eingespielten Direktversands aufdrängen würde. Hinzuzurechnen wären bei der Variante «Paketversand» denn auch noch die internen Aufwendungen für das Einpacken der Broschüren. Der vom Postulat sodann erwähnte Versand durch eine Drittfirma wird durch «easyvote» nicht angeboten. Ein solcher wäre mit Sicherheit auch nicht günstiger als der Paketversand, müssten doch die Dienstleistungen des Dritten noch zusätzlich bezahlt werden.



### C. Weitere Massnahmen zur Förderung der Politischen Bildung

Eine aussagekräftige Studie im Zusammenhang mit der politischen Partizipation von Jugendlichen ist das Capstone-Projekt «Jugend und Politik im Kanton Zürich» des Instituts für Politikwissenschaften der Universität Zürich, welches dieses 2021 im Auftrag der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich durchgeführt hat. Einleitend wird auch hier festgehalten, dass die politische Partizipation der Schweizer Jugend unter dem Bevölkerungsschnitt liegt. Mit dem Projekt soll ein Einblick in die politische Aktivität der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Zürich gewährt werden. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage zu den Themenbereichen politisches Wissen, politisches Interesse, Information und Mediennutzung sowie politische Partizipation durchgeführt. Die meisten Fragen haben sich dabei an 16- bis 25-Jährige gerichtet. Schlüsselergebnisse der Umfrage sind:

- Bei den 16- bis 25-Jährigen besteht weder ein generelles Wissens-Defizit noch ein politisches Desinteresse. Im Gegenteil: Die befragten 16- bis 25-Jährigen interessieren sich im Allgemeinen für Politik. Dieses hängt jedoch stark vom Themenbereich ab (*selektiv Partizipierende*), wobei der Klimawandel von über 40 % als am dringlichsten empfunden wird.
- Jugendliche fühlen sich nicht immer kompetent genug, um sich eine Meinung zu bilden und diese auch zu äussern.
- Es hat keine deutliche Verschiebung der Medienrelevanz hin zu Social Media stattgefunden. Traditionelle Medienkanäle wie gedruckte Tageszeitungen, Radio und Fernsehen spielen nach wie vor eine mindestens so wichtige Rolle wie die sozialen Medien. Es hat sich herausgestellt, dass Facebook und Twitter deutlich weniger häufig zur politischen Information genutzt werden als gedruckte Tageszeitungen, Radio und Fernsehen. Viele nutzen auch eine Mischung von Informationsplattformen, man muss also auf verschiedenen Kanälen kommunizieren.
- Wissen, Interesse und Bildung weisen klare Zusammenhänge mit erhöhter Partizipation auf. Was junge Zürcherinnen und Zürcher nach ihrer eigenen Erfahrung unterstützen würde, um noch öfter teilzunehmen, ist vor allem politische Bildung an der Schule.

Folgende Massnahmen und Projekte dürfen aufgrund der Erkenntnisse der Studie auch als für die Förderung der politischen Bildung von Jugendlichen bedeutsam betrachtet werden:

*«Erklärung 2015 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz» von Bund und Kantonen*

Mit Postulat 16.4095 vom 15.12. 2016 «Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz» von Ständerat Andrea Caroni (AR) wird der Bundesrat beauftragt, eine umfassende Strategie zur politischen Bildung zu entwickeln. Ziel soll sein, die politischen Mitwirkungskompetenzen der gesamten Bevölkerung langfristig zu erhalten und zu fördern. In seiner Stellungnahme vom 15.02.2017 führt der Bundesrat aus, dass sich Bund und Kantone für die politische Bildung im Rahmen ihrer «Erklärung 2015 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz» einsetzen. Sie integrieren das Thema in die (Rahmen-) Lehrpläne der Primarstufe und der Sekundarstufen I und II. Der Bund stelle zudem ein kostenloses Leitprogramm zur Publikation «Der Bund kurz erklärt» zur Verfügung und unterstütze damit die Lehrkräfte direkt im Unterricht. Der bundesrätliche Bericht vom Juni 2016 zur Erfüllung des Postulates Aubert zeige sodann auf, dass der Staatskundeunterricht auch an den Mittel- und Berufsfachschulen grundsätzlich gut verankert sei.



Der Bundesrat und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hätten dennoch das Ziel, bei künftigen Revisionen der Lehrpläne auf nationaler Ebene die staatskundlichen Bildungsinhalte noch weiter zu konkretisieren und die Lehrpersonen für die Nutzung der Lehrpläne zu sensibilisieren. Die Bereitschaft der EDK zur Mitwirkung sei dafür zentral, da die Kantone gestützt auf Art. 62 Abs. 1 der Bundesverfassung für weite Teile des Bildungswesens verantwortlich seien. Basierend auf dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) unterstütze der Bund zudem Trägerschaften und Projekte im ausserschulischen Bereich zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen wie zum Beispiel den Dachverband Schweizer Jugendparlamente und die eidgenössische Jugendsession. Weiter würden Bund, Kantone und Gemeinden diverse Informationsportale (ch.ch, Civicampus, Erklär mir das Parlament, Juniorparl) betreiben. Die vom Bundesrat konzessionierte SRG SSR sodann trage mit ihren Sendungen zur politischen Meinungsbildung der Bevölkerung bei. Zudem lege der Bundesrat Wert auf eine klare Präsentation der Inhalte der eidgenössischen Abstimmungsunterlagen. Als Fazit hält der Bundesrat in seiner Stellungnahme fest, dass die schulischen und ausserschulischen Initiativen mit dem Ziel der politischen Bildung vielfältig sind und vom Bund mitgesteuert werden. Das zeige sich auch darin, dass sich die Stimmbeteiligung bei eidgenössischen Volksabstimmungen seit 35 Jahren nicht verändert habe und sich auf einem Niveau von rund 40 Prozent bewege.

#### *Politische Bildung an der Schule*

Im Positionspapier «Politische Bildung in der Schule stärken – Das Fundament für eine starke Demokratie legen» des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) vom 27. April 2024 hält der LCH fest, dass die Schule auf allen Stufen eine zentrale Rolle für die politische Bildung spielt. Politische Bildung soll möglichst früh beginnen und möglichst lange weitergehen (von der Primarstufe bis und mit Sek-II-Stufe und darüber hinaus) und altersgerecht vermittelt werden. Sie soll einerseits an den Fachunterricht gebunden und zugleich transversaler Bildungsinhalt auf der Ebene Klasse und Schule sein. Entsprechend ist denn die Politische Bildung in dem für den Kanton Zürich geltenden Lehrplan 21 kein eigener Fachbereich. Jedoch werden in allen drei Zyklen der Volksschule Kompetenzen zum Thema politische Bildung erworben: in der Primarstufe (1.+2. Zyklus im Fachbereich «Natur, Mensch, Gesellschaft» (NMG), in der Sekundarstufe I (3. Zyklus) im Fachbereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG). Daneben ist «Politik, Demokratie und Menschenrechte» im Lehrplan 21 eines von sieben fächerübergreifenden Themen. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit politischen Prozessen auseinander, lernen die Grundelemente der Demokratie zu verstehen und befassen sich mit den Menschenrechten und deren Bedeutung.

In diesem Zusammenhang kann auf die Beantwortung der Sekundarschulpflege Uster zur Anfrage 608/2025 «Politische Bildung an den Sekundarschulen Uster – Nutzung moderner Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien» verwiesen werden. Der Antwort kann entnommen werden, dass in der Sekundarschule Uster die politische Bildung in allen Schuleinheiten umgesetzt wird, wobei es gewisse Differenzierungen zwischen Sek I (Volksschule) und Sek II (BWS) gibt. In der Sek I wird politische Bildung breit und flächenübergreifend umgesetzt. Im Deutsch- und Geschichtsunterricht werden aktuelle Themen wie Wahlen und Abstimmungsvorlagen und Staatskunde mit dem zu behandelnden Thema verknüpft. Auch RKE (Religionen, Kulturen, Ethik) eignet sich gut als Gefäss für Themen der politischen Bildung in einem weiteren Sinn. Sodann werden auch Themen, die Jugendliche einbringen, aufgegriffen. Wo die Politik Auswirkungen auf das Leben der Schülerinnen und Schüler hat, werden diese Verbindungen aufgezeigt. Im Deutschunterricht wird debattiert und argumentiert. An Medienmittel kommen Tageszeitungen, selbst erstellte Grundlagen und am meisten die easyvote-Unterrichtsmaterialien zum Einsatz. An der BWS sodann erfolgt politische Bildung im Rahmen des Handlungsfelds «Berufsvorbereitung» im Sinne einer Grundlagenvermittlung. Im Learning Management-System (LMS) stehen zum Thema Staatskunde Moodle-Kurse zur Verfügung, mit welchen die wichtigsten staatskundlichen Themen gelernt bzw. repetiert werden können.



In der Klasse «Sprint» sodann präsentieren die Lernenden regelmässig Kurznews zu aktuellen politischen Ereignissen. Auch in der BWS kommen die easyvote-Unterrichtsmaterialien zum Einsatz.

Im Bereich Gymnasium und Fachmittelschule sodann sehen entsprechende Rahmenlehrpläne (RLP) der EDK politische Bildung als transversalen Unterrichtsbereich vor, verortet im Fach Geschichte. Im Bereich der beruflichen Grundbildung ist der Bund verantwortlich, wobei der Vollzug den Kantonen übertragen ist. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat gestützt auf die Berufsbildungsverordnung Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung erlassen und einen «Rahmenlehrplan für die Allgemeinbildung» publiziert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass mit den erwähnten (Rahmen-)Lehrplänen gute allgemeine Voraussetzungen für die politische Bildung an den Schulen bestehen. Das Beispiel der Sekundarschule Uster zeigt, dass politische Bildung im Schulalltag denn auch breit eingesetzt und ernst genommen wird. Sie entspricht den (Rahmen-)Lehrplänen und erfolgt einerseits an den Fachunterricht gebunden, andererseits aber auch als transversaler Bildungsinhalt auf der Ebene Klasse und Schule.

#### *Überarbeitung des Beleuchtenden Berichts Uster*

Die Beleuchtenden Berichte der Stadt zu Sachvorlagen sind im Vergleich zu den kantonalen Abstimmungsvorlagen zu umfangreich und enthalten teilweise Doppelspurigkeiten. So soll geprüft werden, ob zukünftig auf das Verfassen einer «Meinung der Mehrheit des Gemeinderates» verzichtet werden kann. Diese deckt sich in aller Regel mit derjenigen des Stadtrates und kann in die stadträtlichen Ausführungen integriert werden. Diese können zudem noch etwas knapper abgefasst werden. Auch soll der Inhalt des gesamten Beleuchtenden Berichtes entsprechend der Praxis des Bundesrates und des Regierungsrates des Kantons Zürich konsequent in verständlicher Sprache formuliert werden. Es soll auch geprüft werden, ob einzelne Textteile (z.B. «Das Wichtigste in Kürze») in einfacher Sprache verfasst werden können (vgl. nachfolgender Abschnitt «Kantonalzürcherische Massnahmen»). Im Weiteren soll im Beleuchtenden Bericht auf die von der Bundeskanzlei, dem Bundesamt für Statistik sowie dem Statistischen Amt des Kantons Zürich gemeinsam entwickelte App «Voteinfo» hingewiesen werden. Mit dieser können die Nutzerinnen und Nutzer jeweils ab 12 Uhr erfahren, wie ihre Gemeinde, ihr Kanton und die Schweiz zu eidgenössischen und kantonalen Vorlagen gestimmt haben. Gleichzeitig kann mit der App aber auch vor den Abstimmungen und Wahlen über die Vorlagen informiert werden. Wie unter vorstehend B.2 ausgeführt, ist dies bei den Ustermer Vorlagen bereits der Fall. Ebenfalls im Beleuchtenden Bericht aufzuführen sind die Social Media-Kanäle der Stadt, in welchen neu die bereits in «Voteinfo» enthaltenen Informationen zu den städtischen Vorlagen zu finden sein werden.



*Kantonalzürcherische Massnahmen, «Weg der Demokratie des Zürcher Kantonsrates»*

Am 4. Dezember 2017 wurde im Kantonsrat Zürich das Postulat 332/2017 «Zugang und Verständlichkeit von Wahl- und Abstimmungsmaterialien und Informationen zur politischen Meinungsbildung» eingereicht. Das Postulat verlangt die Prüfung, mit welchen Massnahmen der Zugang und die Verständlichkeit von Wahl- und Abstimmungsmaterialien und Informationen zur politischen Meinungsbildung weiter verbessert werden können. Unter anderem wird vorgeschlagen, die Abstimmungsmaterialien in einfacher Sprache zu verfassen. In seinem Antrag an den Kantonsrat vom 27. April 2022 beantragt der Regierungsrat die Abschreibung des Postulats. Zur einfachen Sprache wird ausgeführt, dass sich der Regierungsrat bei den Abstimmungserläuterungen stets um eine möglichst verständliche Sprache für alle Stimmberechtigten bemüht. Die Texte liessen sich aber nicht beliebig vereinfachen, weil sie den gesetzlichen Anforderungen an die Information der Stimmberechtigten genügen müssen. Für die Zukunft werde aber geprüft, wie dem Anliegen nach mehr Texten in einfacher Sprache Rechnung getragen werden könne. In seinem Antrag zeigt der Regierungsrat auf, welche Massnahmen auf kantonaler Ebene gleichwohl bereits umgesetzt werden:

- Barrierefreiheit des neuen Webauftritts des Kantons (zh.ch)
- Abstimmungszeitung ist neu barrierefrei (PDF) und zudem als Audiodatei verfügbar.
- Erklärvideos zu den kantonalen Abstimmungsvorlagen
- Medienkonferenzen am Abstimmungssonntag werden von einer Dolmetscherin oder einem Dolmetscher begleitet.
- Sowohl Erklärvideos wie auch die Abstimmungserläuterungen sind auf der App VoteInfo und auf der Webseite des Kantons einfach und mobil zugänglich.

Der Kantonsrat hat das Postulat am 22. Januar 2024 abgeschrieben.

Überwiesen mit 75 zu 73 Stimmen hingegen hat der Kantonsrat am 29. April 2024 das Postulat 442/2022 «Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Teilnahme der Bevölkerung an Wahlen und Abstimmungen». Ein Vorschlag im Postulat ist, der Wahl- und Abstimmungszeitung in Zukunft ein Beiblatt des Inhalts in einfacher Sprache beizulegen. Der Regierungsrat hat nun bis zum 29. April 2026 Zeit, dem Kantonsrat über das Ergebnis seiner Prüfung Bericht zu erstatten.

Der Zürcher Kantonsrat hat am 15. November 2021 beschlossen, von der Jubiläumsdividende 2020 der Zürcher Kantonalbank 1 Mio. Franken für die Politikvermittlung einzusetzen. Eines der drei durch die Geschäftsleitung vorgesehenen Projekte dabei ist der «Weg der Demokratie» rund um die Städte Zürich, Winterthur und Uster. Ein Spaziergang mit verschiedenen Stationen soll Schulklassen, aber auch interessierten Einwohnerinnen und Einwohnern den Lauf der Demokratie näherbringen. Vor Ort aber auch digital per App findet eine Auseinandersetzung mit den Meilensteinen der Demokratiegeschichte statt. Als Lehrpfad mit Storytelling, Anekdoten und historischen Orten wird das Wissen mit vielen Sinnen verknüpft und das Schulzimmer ins Freie verlagert. Die Wege in den einzelnen Städten sind in sich geschlossene Projekte, sollen aber miteinander verbunden sein, so dass sie an einer Schulreise entweder einzeln oder zusammen besucht werden können (aroma-Zürcher Kantonsrat). Der «Weg der Demokratie» ist noch nicht umgesetzt. Im Gegensatz zu Winterthur und Zürich ist der genaue Ort für den Start und den Endpunkt des Pfades in Uster aber definiert, nämlich auf der grossen Wiese des Bildungszentrums Uster BZU. Es wird einen physischen Bau geben, eine Säule mit Rundbank o.ä. Sodann fand im Herbst 2024 bereits ein Testlauf mit drei Oberstufenschulklassen statt. Die Feedbacks der Schülerinnen und Schüler wurden entgegenommen und sind nun Teil der weiteren Überarbeitung des Projektes. Gemäss Auskunft der Parlamentsdienste des Kantonsrates soll in den nächsten zwei Wochen entschieden werden, ob und wann diese in Uster und Winterthur eröffnet werden.



## D. Fazit

Die Zustellung der «easyvote»-Broschüre an 18-Jährige hat sich bewährt und soll für Uster so beibehalten werden. Dass es sich um ein geeignetes Instrument zur Förderung der politischen Bildung und Partizipation handelt zeigt der Umstand, dass die Broschüre auch im Schulbetrieb zum Einsatz kommt. Die Capstone-Studie zeigt aber auch, dass Jugendliche verschiedene Informationsplattformen benützen und insbesondere der politischen Bildung an der Schule grosses Gewicht beimessen. Mit den (Rahmen-) Lehrplänen für die verschiedenen Schulstufen bestehen gute allgemeine Voraussetzungen dafür. Das Beispiel der Sekundarschule Uster zeigt eindrücklich auf, dass politische Bildung im Schulalltag ernst genommen und breit gelebt wird.

Im Bericht zum eidgenössischen Postulat 16.4095 «Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz» werden die Aktivitäten von Bund und Kantonen im ausserschulischen Bereich aufgezeigt. Bund und Kantone haben im Weiteren die klare Zielsetzung, ihre Abstimmungszeitungen in verständlicher Sprache zu verfassen. Im Kanton Zürich prüft der Regierungsrat sodann zurzeit, ob den kantonalen Abstimmungszeitungen zukünftig ein Beiblatt in einfacher Sprache beigegeben werden kann.

Für die Stadt Uster konkret geplant ist, die städtischen Social Media-Kanäle breiter einzusetzen. Neben etwaigen Erklärvideos sollen zukünftig auch die heute bereits in der App «Voteinfo» aufgeschalteten Elemente der kommunalen Beleuchtenden Berichte aufgenommen werden. Im Weiteren ist geplant, im Jahr 2026 den Beleuchtenden Bericht der Stadt zu überarbeiten. Dies im Sinne einer Reduktion des Umfangs, einer einheitlich verständlichen Formulierungsweise und allenfalls einzelnen Textteilen in einfacher Sprache. Sodann soll ein Hinweis auf die App «Voteinfo» und die städtischen Social Media-Kanäle aufgenommen werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich Bund und Kanton bereits heute stark für die politische Bildung von Jugendlichen einsetzen. Auch die Stadt Uster wird sich wie aufgezeigt verstärkt der entsprechenden Thematik annehmen. Eine Ausweitung des Angebots der «easyvote»-Broschüre wie vom Postulat gefordert erscheint deshalb nicht als notwendig.

Dem Gemeinderat wird beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Stadtrat Uster

Barbara Thalmann  
Stadtpräsidentin

Pascal Sidler  
Stadtschreiber

## Beilagen

1. Beispiel Broschüre «easyvote»
2. Volljährigkeitsbrief